

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 5. März 1895.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. Laube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

R. L. Berlin, 4. März.

Deutscher Reichstag.

51. Plenar-Sitzung vom 4. März,
1 Uhr.

Die Veranlassung des Militärkretzes, zunächst
des Beschlusses des „Kriegsministeriums“, wird fort-
gesetzt.

Abg. Liebknecht (Soz.) tritt den vor-
gestellten gegen den Antrag Auer (Einführung eines
Militärkretzes) laut gewordenen Einwänden entgegen.
Der heutige Turnusunterricht sei mangelhaft, theil-
weise sogar schädlich. Alle Mängel würden
schwinden, wenn die Jugend schon für den
Militärdienst erzogen werde. Das liberale
Bürgerthum habe ja auch schon 1848 ganz die-
selben Forderungen gestellt und seine Ideale erst
aufgegeben, als nachher der Sozialismus da-
zwischen getreten sei. Bestreiten müsse er aber
namentlich, daß die Kosten des Militärkretzes größer,
oder auch nur so groß sein würden, wie die des
stehenden Heeres. Hauptvortheil des Militärkretzes
sei indes, daß sich dasselbe nicht zum Kampfe
gegen das Volk werde verwenden lassen.

Abg. Caneccerus (natl.): Die Ver-
bindung des Turnens mit Jugenderziehung ist, wie
Herr Liebknecht wohl nicht weiß, zuerst gerade von
meinen Parteifreunden in den Einzelstaaten ein-
gefordert worden. Und wenn Herr Liebknecht auf
die Schweiz verweist, — ja, ist denn die dortige
Militär schon ein einziges Mal im Kampfe mit
unseren modernen Heeren erprobt worden? Scharn-
horst hat auch theilhaftig in seinem Memorandum
vom Juni 1807 das absolute Gegentheil von
dem ausgesprochen, was Herr Liebknecht als seine
Ansicht ausspricht. Es hat doch seinen Werth,
eine wohlgeleitete, disziplinierte, charakterfeste Armee
gleich von Anfang an dem Geiste entgegen-
zu stellen. Eine solche Armee haben wir, und
wir wollen sie nicht den Sozialdemokraten zur
Liebe abgeben. (Beifall.)

Nach einer kurzen Entgegnung Liebknechts
und einer kurzen Replik Caneccerus be-
merkt:

Abg. Graf Drisla: Ich denke, wir wollen
bei derjenigen Heeresverfassung bleiben, der wir
die Einheit Deutschlands verdanken. Wie Alles,
so hat ja allerdings auch unsere Heeresverfassung
Mängel. So bedürfen unsere Invaliden einer
verschärften Fürsorge. Möge die Kommission, die
sich ja schon mit einschlägigen Petitionen beschäf-
tigt, die Sache recht fördern. Den Herrn
Minister möchte ich auch fragen, ob nicht eine
dahin gehende Gesetzesnovelle in Aussicht steht?
Ferner möchte ich fragen, ob wir nicht eine
Uebersicht über die noch brauchbaren Kasernen,
die aber nicht benutzt sind, erhalten können.
Unser Kasernungssystem leidet an Fehlern, ich
meine, man sollte nicht unseren kleinen Land-
städten zu sehr die Truppen entziehen, um sie in
einzelnen Stellen gar zu sehr zu sammenzuhäufen.
Ferner bezieht sich dabei auf einen speziellen Fall,
Buzbach in Hessen.

Minister v. Bronsart erweitert, die Ver-
legung von Truppen aus Buzbach sei nur im
dienstlichen Interesse erfolgt.

Generalintendant v. Spitz bemerkt ferner:
wie sich die Regierung verhalten würde, wenn der
Reichstag hinsichtlich der Erhöhung der Invaliden-
pensionen einen formulierten Beschluß
fasse, könne er nicht sagen. Die ganze
Frage liege aber in hervorragendem Maße
auf finanziellen Gebieten. Die berechtigten An-
forderungen der Invaliden, die dem Kriegs-
ministerium vorliegen, belaufen sich auf etwa 200
Millionen. Daraus mag der Herr Redner bemessen,
wie vorsichtig auch ein formulierter Beschluß des
Reichstages gefaßt werden müßte.

Abg. Bebel: Vorgesungsbildung derart, meine
Herrn, wie die Sozialdemokraten und andere
Brochüren, in denen vom Staatsstreik gesprochen
wird, wären doch ganz unmöglich, wenn man
nicht von der Ansicht ausgeht, daß die Armee
unter Umständen als Pandabre, als Werkzeug
gegen das Volk zu dienen habe. Aber ich will
nicht näher darauf eingehen. Dagegen möchte
ich mich gegen die Erlassung der Militärverwaltung
wenden, in denen vorgeschrieben wird, Arbeiter
aus dem Militärverdienst zu entlassen, welche
sozialdemokratische Ansichten betätigen. Ich
bestreite die Militärverwaltung das Recht zu
solchen Erlassen. Hat der Sozialdemokrat gleiche
Pflichten mit den Anderen, dann muß er auch die
gleichen Rechte haben. Mit solcher Achtung, die
ja auch früher auf religiösen Gebieten bestand,
dort aber jetzt aufgehoben ist, erziehen Sie ja doch
nur Feinde. Glauben Sie überhaupt, Sie
können die Sozialdemokraten aus den Staats-
verwaltungen ausschließen? Das wäre ein naiver
Glaube. Die Reichstagswahlen zeigen Ihnen,
daß wir in Spandau, in Erfurt, auf
den Marine-Verlässen, kurz überall Sozial-
demokraten in den Staatsverwaltungen haben. Wir
sollen Erlassen erlassen Sie also nur. Im
nächsten Jahre brauchen Sie jeden wehrfähigen
Mann, auch die Sozialdemokraten. Ich könnte
Ihren Schiffe nennen, wo jeder Vaterlose Sozial-
demokrat ist. In Ihrem eigenen Interesse sollten
Sie also Maßnahmen unterlassen, welche doch nur
erzittern können. Das Schlimme dabei ist, daß
bei diesem Demagogienstücke so häufig Dis-
griffe vorkommen, indem Leute als Sozialdemo-
kraten behandelt werden, die es gar nicht sind.
In einem solchen Falle hat sich der Betreffende
wegen der Drohungen seines Untertanen aus
Leben gebracht. In einem anderen Falle hat ein
Dr. med. Hirschfeld, der bereits aus Unter-
stützung war, in Danzig, die größten Unan-
nehmlichkeiten gehabt — er sollte sogar unter der
Waffe als Gefreiter dienen — weil er ohne Grund
in dem Verdachte stand, Sozialdemokrat zu sein.
In anderen Fällen sind Sozialdemokraten als
Soldaten zweiter Klasse behandelt worden, ohne
daß sie sich als Militärs nur das Geringste zu
Schulden kommen ließen. Sogar den Unter-
nehmern, mit denen die Militärverwaltung Ver-
einbarabschlüsse abschließt, legt sie die Pflicht auf,
keinen Sozialdemokraten zu beschäftigen. Die
Staatsbehörden sollten doch den privaten Unter-
nehmern mit einem Beispiel vorangehen, statt
sich solche Verträge gegen die guten Sitten,
die von moralischer Gefährdung zeugen, zu Schulden
kommen zu lassen. Weiter rügt Redner das Vor-
kommen von Ueberanforderungen der Soldaten im
Sommer, so in Weimar, Wittenberg, Nord-
burg. In neuerer Zeit seien Fälle vorge-
kommen, wo die Leute bei strenger Kälte und
starkem Schnee Nachtanordnungen hätten ausführen
müssen, deren Folgen auch nicht ausbleiben
sollten. Die Umstrukturierung bezweckt den Kampf
gegen Umstrukturierungen in Bezug auf Dis-
ziplin, Erziehung. Dann müßte doch aber

auch die Ordnung im Heere eine dem angemessene
sein. Gleichwohl finden wir in der Armee den
Duellzwang, im Widerspruch zu der staatlichen
Ordnung und den allgemein sittlichen Anschauun-
gen. In der Umstrukturierung gab Herr Ge-
neralintendant Jfenbach die Zahl der Duells im
Heere in den Jahren 1891 und 1892 auf 68 an.
(Auf rechts: Das ist sehr wenig!) Ja, Herr
Graf Drisla, die Zahl derjenigen Fälle ist viel
kleiner, derenhalb man die verhängten Be-
stimmungen des Straßengesetzes einführen will!
(Sehr richtig!) In den Duellen haben sich ja
sogar Reichstagsabgeordnete betheiligt. Und der-
artige fortgesetzte Gefegedverletzungen erfolgen
unter Billigung der vorgesetzten Behörden! Was
wollen Sie da gegen die Gefegedverletzungen der-
jenigen sagen, derenhalb man uns die Um-
strukturierung vorgelegt hat! (Beifall.) Die
militärische Ehre wird ferner so ausgelegt, daß
in Hamburg bei einem Streit auf der Pferde-
bahn zwischen einem Offizier und einem Zivil-
listen der Offizier den Anderen mit dem Säbel
niederstieß und ihn, als er schon auf der Erde
lag, noch einen Stich versetzte. Gegen unterge-
ordnete Soldaten schwere Strafen bei der geringsten
Verletzung der Dienstpflicht, und auf der anderen
Seite, bei den Vorgesetzten, auffallend milde Be-
strafungen, und in 99 von 100 Fällen wird die
Strafe nicht einmal abgelehnt. Ein Lieutenant
Ragel, der seinen Schwager getödtet hatte, wurde
nach einem Monat begnadigt, — dem gegenüber
die harten Strafen für Sozialdemokraten. Nichts,
meine Herren, charakterisirt mehr den Militär-
staat! Niemand, der das Duell ablehnt, kann
Reisefreieintausch werden. Hier wird von der
obersten Militärbehörde eine Institution gewahrt,
die Allem, was staatliche Ordnung heißt, ins Ge-
sicht schlägt. Und das in einer Zeit, wo der
Staat und die Militärverwaltung verschärft
Strafen zur Aufrechterhaltung der Ordnung für
notwendig halten. Das kann auf die Dauer
nicht so bleiben. Und wenn wir dies aussprechen,
so glauben wir, daß wir die ungeheure Mehrheit
des Volkes hinter uns haben. (Beifall.)

Kriegsminister v. Bronsart: Auf die
Militärfrage will ich nicht eingehen, der Antrag
Herrn scheint ja auch nicht zur Annahme zu ge-
langen. Der Bundesrath hat sich jedenfalls mit
demselben noch nicht beschäftigt. (Große Heiter-
keit.) Herr Bebel hat zunächst von Erlassen ge-
sprochen. Er hatte da einen Erlass ver-
gessen, in welchem die Verhältnisse der
Erlas-Kommissionen angewiesen worden sind,
zu verbinden, daß Sozialdemokraten den
Verdachtungschein zu 2. oder 3. fähiger
Dienstzeit erhalten. Was den Erlass betreffend die
Dienstbefähigung von Sozialdemokraten anlangt,
so ist derselbe nicht. Wir können uns nicht ab-
hängig machen von Leuten, die auf Geheiß ihrer
Oberen die Arbeit niederlegen, entweder um einen
Allerweltsfeiertag zu begehen, oder aus anderen
Gründen. Die Thatfache allein, daß dieser Erlass
durch die Blätter gegangen ist, beweist, daß wir
in der Auswahl der Leute in unseren Bureaus
noch immer nicht vorsichtig genug sind, denn
wir einen solchen Erlass verrieth, ist auch zum
Landesverrath fähig. Sie entfernen ja auch
Jeden aus der Redaktion, der aus d. r. r. r. r. r. r.
verrieth. Was den Erlass anlangt, so war
der Mann bereits verurtheilt betraut worden.
Ferner Dr. Hirschfeld hatte sich, wie erst nachher
bekannt wurde, bereits vorher als Sozialdemokrat
betheiligt. Bekannt wurde das, nachdem ihm
sein Vater einmal eine schwarzweiße Fahne aus
der Hand genommen hatte mit den Worten:
„Mein Sohn, du trägst mir eine rote Fahne!“
In einem anderen Fall — Wendland — handelte
es sich um einen Mann, der sich schon wegen
Nachtabschließung Verurteilung zugezogen hatte.
Derselbe hätte also — nach den bestehenden Be-
stimmungen — gleich von Anfang an zur
Arbeiter-Abtheilung verlegt werden können.
Auf die Nachtanordnungen und vergleichbar will ich
nicht weiter eingehen. Ich kann aber Herrn
Bebel die beruhigende Versicherung geben, daß
diese Mängel sich als sehr nützlich bewährt
haben und daß sie keine Erhöhung des Kranken-
standes zur Folge gehabt haben. Und nun zur
Duellfrage. Ich glaube nicht, daß das hohe Haus
darauf heute näher wird eingehen wollen. Aber
das muß ich Herrn Bebel sagen, daß 68 Fälle bei
300 000 Offizieren doch nicht viel sind. Die Ver-
waltung, daß die Armee die Hauptträgerin der
Duellfrage ist, ist ein großer Irrthum. Ich be-
zweifle mich da auf das Urtheil eines der ange-
sehensten Führer der Sozialdemokratie, wenigstens
in Süddeutschland, auf Herrn von Vollmar. Der-
selbe sagte in der bayerischen Kammer: „Ich
kann mir wohl denken, daß ein streng religiöser
Mann das Duell gutheißt. Ich kann mir auch
denken, daß ein ganz irreligiöser Mann davon
Zweifel empfindet. Es ist ein Irrthum, den
die Armee die Hauptträgerin des Duells ist.“
Die Armee hält es für die größte Ehre, wenn Je-
mand sich dort in die Luft stößt und Vaterland
und die Ehre seines Landes. Aber wenn er selbst
sein Leben einsetzt für die eigene Ehre, so soll man
nicht wenigstens mildernde Umstände bewilligen.
Bebels Anlagen werden im Grunde keinen Wider-
stand finden. Was wird vielmehr sagen: Der
Herr Kriegsminister hat doch Recht! (Beifall
rechts.)

Abg. Pachnicke: Das Verbot der Be-
schäftigung sozialdemokratischer Arbeiter muß auch
von den bürgerlichen Parteien mißbilligt werden.
(Widerpruch rechts.) Solches Verbot ist unbillig
und unklar. Wir bezagen es ja schon den Pri-
vatarbeitern, wenn sie ihre Arbeiter nach der
politischen Gesinnung fragen, ein Staatsbetrieb
darf das erst recht nicht. Man darf doch auch
nicht in jedem Sozialisten einen Verräther und
Umstrukturler sehen wollen.

Abg. Bebel: Es wird den Herren ja doch
nie gelingen, die Sozialdemokraten ganz aus der
Armee zu entfernen. Die Leute, die uns Ihre
Erlassen zustellen, haben dafür bis jetzt auch noch
nicht einen roten Heller bekommen. Wer für
uns arbeitet, der thut es aus Begeisterung für
Ihre Ziele (Nach rechts), die Ihnen freilich abhanden
gekommen ist. Die Leute, die uns die Erlassen zu-
stellen, sind also noch nicht die schlechtesten. Red-
ner geht dann nochmals auf die mildernde Fälle
ein. Bezüglich des Duells berief sich der Herr
Minister auf seinen Kollegen von Vollmar.
Dieser hat sich aber nur gegen die von den Zentrums-
abgeordneten ausgesprochenen Uebertreibungen ge-
wendet und gegen die Behauptung, daß das
Duell hauptsächlich in der Armee grassire, er-
widert, daß das noch mehr auf den Unverhältnissen
beruhe. Wir kommt es aber überhaupt nur auf
die Thatfache an, daß das Duell in der Armee unter
Billigung der Vorgesetzten und unter Widerstand

gegen die Staatsgesetze geübt wird. Es wird im
Heere nicht nur geduldet, sondern es besteht sogar
als Verpflichtung! Wer sich ihr entzieht, muß
seinen schlichten Abschied nehmen, bezw. wird nie-
mals Reserveoffizier. Das Duell ist hiernach in
der Armee wenn nicht offiziell, so doch offiziös
Gefeg. Im Volke sieht man darin einen Wider-
spruch zu unserem gesamten Kulturzustand. Im
Volke sieht man die Schuld eines solchen Duellan-
tens viel schwerer an, als die eines Todtschlägers.

Minister v. Bronsart wiederholt noch-
mals die Worte von Vollmar in der bayerischen
Kammer. Bebel irre aber auch darin, daß der
Ehrenrath einem Offizier vorschreibe, er habe sich
zu schlagen. Das geschieht niemals. Endlich habe
Bebel versichert, daß Indispositionen in Bezug auf
Erlassen noch nie bezahlt worden seien. Ja, wie
sollte das auch möglich sein? Wenn die Sozial-
demokraten, wie Bebel ausdrücklich gesagt habe,
nichts wüßten, wenn ihnen der Erlass zuschickte, —
wie sollen sie denn ihr Geld los werden?
(Heiterkeit.)

Abg. Röske: Auf die Bemerkung Bebel's,
daß die Militärverwaltung auch den Unternehmern
vorschreibe, keinen Sozialdemokraten zu beschäftigen,
hat der Herr Kriegsminister gar nicht geantwortet.
Ich meine, daß die Unternehmern eine solche Ver-
pflichtung gar nicht eingehen können, und ich
würde es sehr bedauern, wenn die Militärver-
waltung den Unternehmern solche Verträge zu-
muthen wollte.

Kriegsminister v. Bronsart: Ich kann
dem Herrn Vordrucker nur bestätigen, daß es der
Militärverwaltung fern liegt, ihren Referenten
solche Vorschriften über ihre Arbeiter zu machen.
Die Referenten können anstellen, wen sie wollen.
Herr Bebel erwidert ich noch, daß die ganze
Duelldebatte davon ausging, ob die Armee
Hauptträgerin des Duells ist. Und daß das
nicht der Fall ist, und daß ich Herrn v. Vollmar's
Worte ganz richtig aufgefaßt habe bestätigt mir
soeben sein Kopfschütteln.

Auf eine Anfrage des Abg. Röske er-
widert noch der Minister, die Kommission sei
noch in Erwägungen begriffen, inwiefern durch
ein Mayengesetz Erleichterungen, namentlich für
kleinere Fest-Anstalten, möglich seien.

Das Gesetz des Kriegsministers wird jetzt
bewilligt und die Resolution Auer (Militärtraktat)
wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten
abgelehnt.

Bei Kapitel „Militär-Geistlichkeit“ befaßt

Abg. Klings, daß den Soldaten der
freiwillige Kirchenbesuch vielfach zu sehr erschwert
werde. Katholiken seien zuweilen gezwungen, am
evangelischen Gottesdienst theilzunehmen.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen hierüber
seitens des Abg. Schall und Klings wird
das Kapitel genehmigt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-
rathung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

R. L. Berlin, 4. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

34. Plenar-Sitzung vom 4. März,
11 Uhr.

Das Haus setzte die Veranlassung des Kultur-
Erlases beim Kapitel „Kultus und Unterricht“ ge-
meinsam und mit dem Titel: „Zusatz zu dem
Kultur-Erlasse und Waisen-Gesetz 1074 739
Mar.“ fort.

Abg. Dasbach (Ztr.) weist bei diesem, der
evangelischen Kirche allein zu Gute kommenden
Fonds darauf hin, daß auch in der katholischen
Kirche in der nächsten Zeit eine Erhöhung des
Pensionsfonds erforderlich sein wird, da zahlreiche
Geistliche die wohlverdiente Emeritierung bisher nicht
nachgesucht haben, weil es an dem nöthigen Nach-
schuß für die Verlegung der Stellen fehle. Dieser
Mangel ist jetzt behoben.

Reg.-Rath v. Barth weist dar-
auf hin, daß es für Geistliche an den nöthigen
Fonds bei der Emeritierung nicht fehle; auch aus
den Spargeldern sind für diesen Zweck nöthige
Mittel vorhanden. Die evangelische Kirche
bringt ihre Emeritierungsgehälter aus eigenen Kräf-
ten auf.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt Kapitel „Medizinwesen“.

Abg. Dr. Graß (natl.) bedauert,
daß der Minister sich nicht hat entscheiden
können, eine durchgreifende Medizinalreform im
großen Stile in Angriff zu nehmen. Man hat
die Ärzte-Kammern geschaffen, aber diese konnten
bis zur Hervorbringung nicht leisten, denn sie sol-
ten nur der Rahmen sein, dessen Inhalt durch
die Thätigkeit der Vertheilung erst noch geschaffen
werden sollte. Redner giebt sodann in großen
Zügen ein Bild von der Entwicklung des Medi-
zinwesens und findet die Ursache des Niederganges
in den Bestimmungen der Gewerbe-Ver-
ordnung und in der Auslegung, die sie bei den Ge-
richte gefunden hat, ferner in der Wirkung des
Krankenfängergesetzes, das die ärztliche Hilfe nicht
als eine solche vertheilt, die allein von approbierten
Ärzten geleistet werden kann. Wenn die Medi-
zinalverwaltung nicht unthätig zusehen will, wie
das Medizinwesen zu Grunde geht, so muß es
sich zu energischen Schritten entschließen, zu einer
durchgreifenden Reform. (Beifall.)

Reg.-Kommissar Geh. Rath v. Barth:
Wir sind bei der Medizinalreform mitten bei der
Arbeit. (Nach den National-Liberalen.) Ja,
das muß ich besser wissen. Sofort beim An-
tritt des Herrn Ministers hat er die Grundzüge
festgelegt; dabei ist eine Gehaltsaufbesserung
für die Kolonialärzte in Aussicht genommen;
diese ist natürlich abhängig von der
Finanzlage. Ein weiteres Hinderniß für
das Fortschreiten der Reform ist der Um-
stand, daß das Reichs-Land-Gesetz noch nicht
verabschiedet ist. Auch kann die Reform der
Medizinalverwaltung nur stattfinden mit der
Reform des Medizinwesens zugleich. Die Ärzte-
kammern mehr auszubilden liegt dem Minister
sehr am Herzen; er hat ein neues Institut für
diese Kammern vorbereitet, nämlich die Ärzte-
kammer-Anstalten. Jedenfalls wird die oberste
Medizinalverwaltung unentwegt an ihrem Prinzip
festhalten, die sanitären Verhältnisse in Stadt und
Land zu bessern.

Abg. Jerusalem (Ztr.) erörtert Uebel-
stände bei der Apothekenkonfessionierung. Warum
hat der Minister die in Aussicht genommene
Rechtsreform nicht abgelehnt? Das heutige
Konfessionierungsverfahren schädigt die Apotheker

in ihren Rechten. Bei den neuen Erlassen in
dieser Angelegenheit ist nicht einmal die Kom-
mission für pharmazeutische Angelegenheiten befragt
worden.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Barth:
Es handelte sich darum, Uebelstände in dem
Apothekenwesen zu beseitigen, bevor das Reichs-
gesetz in Kraft trat. Zu dem Apothekenhand-
el drohte sich eine öffentliche Kalamität zu ent-
wickeln. Bei den Neuordnungen sind lediglich
Grundsätze befolgt, die früher schon vom Hause
gebilligt worden. Ueberall sind die bestehenden
Rechte möglichst gesichert worden. (Sehr richtig!)

Abg. Döttinger (natl.): Die neuen Er-
lassen in Apothekereisen große Beunruhigung
hervorgeufen. Die Apotheker bedauern, daß die
Anforderungen für die Apotheker-Qualifikation
herabgesetzt, statt wie sie wünschten, erhöht sind;
ebenso ist es ihr Wunsch, im Ministerium durch
einen Berufsgehilfen vertreten zu sein, statt, wie
jetzt durch einen Arzt.

Minister Dr. Voss: Ich habe es mir
beim Eintritt in mein Amt zur Aufgabe gemacht,
dem ins Grenzenlose gehenden Apothekenschaden
entgegenzutreten. Bekämpft werde ich dabei haupt-
sächlich von den Interessenten, die ruhig die kolossalen
Gewinne aus Apothekenverkäufen einnehmen und
mir dann Vorwürfe machen, daß ich die Personal-
konfessionen einführe. Daß die Apotheker-Inter-
essen im Ministerium durch einen Arzt vertreten
sind, ist kein Fehler, da hierdurch eine durchaus
objektive Beurteilung möglich ist. Die berechtig-
ten Interessen der Pharmazeuten finden im Mi-
nisterium die wohlwollendste Beurteilung.

Abg. Dr. Langerhans (Fr. Vp.) bedauert,
daß die Grundgedanken für eine Medizinalreform
nicht in die Öffentlichkeit kommen; jedenfalls muß
für diese Reform etwas mehr gesehen, als bisher.

Minister Dr. Voss: Die Veröffentlichung
ist jetzt noch nicht zu empfehlen, da ich mich zu-
nächst mit den übrigen Ressortministern zu ver-
ständigen habe, sobald die Verständigung statt-
gefunden hat, bin ich mit der Veröffentlichung ein-
verstanden.

Auf eine Anregung des Abg. v. Chyern
(nl.) giebt

Regierungskommissar Geh. Rath v. Barthoff
eine Darlegung der Nothwendigkeit des Charite-
Umbaus; eine Verlegung nach außerhalb werde
nicht angängig sein. Billig wäre es, wenn im
Allgemeinen die Städte für die Universitäts-In-
stitute mehr thäten, wie dies in Frankreich geschieht,
wo die Städte ebenfalls leisten, wie der Staat,
besonders könnte Berlin für den Charite-Umbau
etwas leisten, dann es habe davon den größten
Vortheil.

Abg. v. Chyern (nl.) stimmt dem Regierungs-
kommissar bei, will jedoch nicht verstehen, daß die
französischen Städte feuerkräftiger sind als unsere.

Abg. Dr. Langerhans (Fr. Vp.) betont,
daß die Charite doch hauptsächlich für die Universität
zu Gute kommen, da ohne diese Anstalt das nöthige
klinische Material für die Studirenden nicht beschafft
werden könnte.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Barthoff:
Die bestehenden, durch königliches Geschenk er-
worbenen Rechte der Stadt Berlin sollen auch
nicht angefaßt werden; nur für den weiteren
Zweck, den die Stadt haben wird, könnte sie
wohl eine Gegenleistung aufbringen.

Der Rest des Ordinarius wird bewilligt.
Es folgt das Extraordinarium.

Bei dem Titel: Zur Vermehrung der
Sammlungen der Kunst-Museen zu Berlin
60 000 Mark spricht

Abg. Frhr. v. Heermann (Ztr.) der Ver-
waltung seine volle Anerkennung aus für die be-
deutenden Leistungen, die sie mit den ihr be-
willigten Mitteln geschaffen.

Nach unwesentlicher weiterer Debatte wird
auch das Extraordinarium bewilligt.

Damit ist der Kultusetat erledigt.

Es kommt dann noch die an die Budget-
kommission zurückgewiesene Position im Extra-
ordinarium der landwirthschaftlichen Verwaltung
zur Veranlassung: 90 000 Mark zur Herstellung
eines Verbindungskanals zwischen Nord-Süd-
kanal und Hoogveen-Kanal.

Es sprechen noch Dahm (Ztr.) und Ehlers
(Fr. Vp.).

Die Position wird genehmigt.

Sodann verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Berg-, Hütten-, Salinen-
Etat und Etat des Handelsministeriums.

Schluß 3 3/4 Uhr.

Deutschland.

× Berlin, 4. März. Der Kaiser empfing
am Sonnabend den türkischen General Schafir
Pascha, der dem Vizekönig ein Schreiben des
Sultans und einen Ehrenabel, sowie die Insignen
des Dannebergens in Brillanten für die
Prinzen Eitel Friedrich und Albrecht überreichte.
Unmittelbar nachher wurde der General von d. r.
Kaiserin empfangen. Dem General ist bekannt-
lich der 1. Klasse in Brillanten
verliehen worden.

Der Hof legt heute für den in San Remo
verstorbenen Großfürsten Alex. Michailowitsch die
Trauer auf acht Tage an.

Mit Bezug auf die Mitternachtsreden von
dem „Siege“, den Handelsminister Verloren in
Sachen der Rechte der Berufsvereine im Staats-
ministerium gegen den Minister v. Köller erfochten
haben soll, erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“, die
Wendung sei nicht zutreffend, da in der Sache
noch keine Entscheidung getroffen sei.

— Das Zentrum hat es verstanden, sich in
den Bereich einer Partei der sozialen Reformen zu
bringen. Unter dem Vorwande, einen sozialen
Schaden zu heilen, hat es auch seine Anträge zur
Gewerbenovelle eingebracht und die Regierung be-
dauerlicher Weise veranlaßt, den Spuren der
Liberalen mit einer eigenen Novelle zu folgen.
Thatsächlich hat das Zentrum mit dem Antrage
Grober-Hilge den sozialen Wandel nur gewollt,
um ein gegen die Bildung und Aufklärung ge-
richtetes Attentat in aller Stille ausüben zu
können. Das beweist die Thatfache, daß die An-
nahme der Artikel 6 und 7 der Gewerbenovelle
und der § 55 des Antrags Grober die Verbrei-
terung guter Schriften für die Zukunft zum größten
Theil unmöglich macht. Allerdings beruht man
sich hier auf den sog. Schauerroman, aber mit
Recht stellt die beim Reichstage eingegangene
Petition der deutschen Porträtgalerie-Buchhändler fest,
daß, obgleich diese Erzeugnisse scharf kontrollirt
werden, nirgends eine Beurteilung auf Grund

des § 184 R.-Str.-G. gemeldet worden ist. Der
beste Beweis, daß selbst hier von Unfittlichkeit
keine Rede ist. Gleichwohl aber darf festgehalten
werden, daß die Verbreitung der Schauerromane
seit Jahren rapide zunehmend ist und eben-
falls es Thatsache, daß die sozialistische Flug-
blatt- und Broschürenliteratur niemals durch den Por-
trätgalerie-Buchhandel Verbreitung findet. Dagegen
heißt es mit Recht in dem XIX. Bde. Heft 10
der „Beiträge des christlichen Volkslebens“ in
einem gegen das Samirwesen gerichteten Artikel
des konservativen Sozialpolitikers Paul Dehn:
„Es ist dem Kulturkampfhandel gelungen, aus
den Deutschen, die von jeder literarischen Ge-
nüsse zwar entscheidende Neigung zeigten, aber
nur wenig Geld übrig hatten, ein höheraufendes
Volk zu machen, sicher ein schweres Stück natio-
naler Kulturarbeit!“ Und diese Arbeit soll nicht
nur erschwert, sondern unmöglich gemacht werden,
so ist es der Wille der Herren Hülse und Grober!
Sofortlich wird die Mehrheit des Reichstages
rechtzeitig begreifen, wohin das Zentrum
männer streben!

— Die hiesige, den Standpunkt des Herrn
Stöcker einnehmende Zeitung „Das Volk“, welche
sich neuerdings wiederholt als gut unterrichtet er-
weisen hat, bringt unter der Ueberschrift „So
geht's nicht weiter“ einen Artikel, der manches
Bemerkenswerthe enthält. In die Liste der zur
Theilnahme an den Staatsraths-Verhandlungen
eingeladenen Personen anknüpfend, schreibt das
Blatt:

Neben dem Urheber des Antrages Kanitz und
einigen unbedingten Anhängern findet sich eine
größere Zahl von ausgesprochenen Gegnern, darunter
die Großkapitane Damme, Krenzel, Konick, Rög-
haupt, Küssel. Von der Mehrzahl der Theil-
nehmer weiß man nicht, welche Stellung sie zu
den entscheidenden Tagesfragen haben, oder vielmehr,
um uns genauer auszudrücken, welche Stellung
dazu einzunehmen ihnen aufgegeben wird. Jeden-
falls wird man auf Männer, wie den Goldwä-
rungsanführer Koch, den konservativen Fabrik-
besitzer Stengel, den liberalen Landwirth Seibel und die
Verwaltungsbeamten keine allzu großen Hoffnungen
setzen dürfen. Fernstehend (!) wird es in weiteren
Reihen hervorgerufen, daß Graf Dönhoff, der aus
der konservativen Fraktion hinausgethan wurde,
weil er im Widerspruch zu seinem Versprechen
vor der Wahl für den Handelsvertrag stimmte,
und Graf Kleff, der intimität politische Freund
Hörschors, der Ehre der Theilnahme an den
Staatsraths-Sitzungen gewürdigt werden, während
Männer wie Herr v. Mög, der Vertrauensmann
von 200 000 deutschen Bauern, der Vor-
sitzende des wichtigsten landwirthschaftlichen Ver-
bandes Deutschlands, und Frhr. v. Loë, der Vor-
sitzende des größten katholischen Bauernvereins,
draußen bleiben. Die Staatsraths-Sitzung soll in
der That mit allen möglichen landwirthschaftlichen
Eingeziegern besetzt werden. Man hat das Ge-
fühl, daß das, was sie dadurch an zeitlicher Aus-
dehnung gewinnt, ihr an Nachdruck in Bezug auf
den Kernpunkt, die Frage der Hebung der Ge-
treidepreise, verloren gehen soll. Irrig ist die
Meinung, daß Herr v. Kardorff über den Antrag
Kanitz und Graf Kanitz selbst über die Verbilli-
gung der Produktion referiren werde. Diese
Nachricht war allerdings bis gestern Nachmittag
richtig. Nachdem jedoch, wie wir hören, Herr von
Kardorff das ihm zugemerkte Referat abgelehnt
hat, ist Graf Kanitz, wie man das eigentlich für sich
verantwortlich halten sollte, als Referent über einen
eigenen Antrag in Aussicht genommen worden. Zwei Ge-
nerale des Antrages Kanitz als Referent und Korre-
ferent darüber — das wäre auch zu viel gewesen!
Herr von Kardorff, so agrarisch er sonst auch ist,
steht nämlich dem Antrage etwas kühl gegenüber,
da er in der Hebung des Silberwerthes das
Allgemeinwohl erblickt. In parlamentarischen Kreisen
erwartet man sehr wenig von den Beratungen
des Staatsrathes, namentlich mit Rücksicht auf
die ablehnende Haltung, die der Kaiser in letzter
Zeit zu dem Antrage Kanitz eingenommen hat.
Im Reichstage selbst tritt man eine sehr scharfe
Festlegung, die der Kaiser in dieser Beziehung nach
dem Esen des Brandenburgischen Provinzialland-
tages zu Frhr. v. Wanteuffel gethan hat. Diese
besonders in der Form sehr weitgehende Festlegung
würde, wenn sie in ihrem Wortlaut bekannt
würde, in der gesamten deutschen Landwirtschaft
schmerzliche Erregung hervorrufen. Auch das
preussische Ministerium gilt in seiner Gesamtheit
als dem Antrage Kanitz feindlich. Die ablehnende
Haltung des Ministerpräsidenten ist aus der
Festlegung zu dem Grafen Hompeich bekannt.
Neuerdings hat nun ein Schreiben Kanitz er-
regt, durch das der Minister des Innern von
Köller dem Oberpräsidenten Grafen Stolberg sein
Missfallen darüber ausgesprochen hat, daß er sich
für den Antrag Kanitz erklärt habe. Auf dem
Provinziallandtage in Königsberg ist der Vorschlag
bei besprochen worden.

Wilhelmshafen, 4. März. Nach den nun-
mehrigen Bestimmungen wird Se. Majestät der
Kaiser morgen Vormittag 11 Uhr 30 Minuten
hier ankommen, direkt vom Bahnhof zur Ver-
einigung fahren und nachher das Frühstück im
Kaisersaal einnehmen.

Rußland.

Petersburg, 28. Februar. Aus der Nach-
geschichte der bekannten Petition aus der Wille
der Twerischen Landschaft, welche der Zar in seiner
Erklärung über die dauernde Aufrechterhaltung der
Autokratie erwähnt hat, giebt ein Herr G. But-
schewski in der „Wostokan Zg.“ folgende sehr be-
zeichnende Schilderung:

„Die Sitzung bot ein ganz ausschließliches,
man kann sagen, historisches Interesse; die Ver-
sammlung hatte die Antwort auf die erwähnte
Adresse anzuhören, welche nicht nur in Rußland,

Gradow, Lindenstr. 44, 1 Tr. Aufg.

Naðbend antersagt.

Nur **1** Mark
ein Loos. **50,000** Mark
Loose à 1 Mark

Vernhard stand in der That in qualvollster Verwirrung vor ihr. Was hatte er gethan? Seine heiligsten Gefühle war er unrein geworden; das Opfer, das er mit tiefem Schmerze nach heftigem Kampfe, aber aus freiem Herzen dem Götze seines Bruders gebracht, hatte er mit beugter Hand wieder an sich gerufen, bei der ersten Gelegenheit, die sich ihm dazu bot. Im

Ein dem Mädchen, das im Gefängniß eingenommen ward, sah Bernhard Magda wieder. Der Regierungsrath mußte G. lebend genommen haben, ihr einige beruhigende Worte zuzusichern; denn sie war wohl noch befangen, aber nicht mehr verschüchtert. Auch die Befangenheit wich allmählig, denn die Unterhaltung war sehr lebhaft. Der Regierungsrath erzählte, wie er Magda gefunden, das junge Mädchen schilderte die bestan-

„Frage mich nicht:
Wie wird's noch mit uns Beiden?
Laß, bis es bricht,
Dem Herzen seinen Wahn;

(Fortsetzung folgt.)



Reparatur-
Werk-
stätten für
Feld-
bahnen und
Locomotiven

erschafft Ponoschau ist eine von mir gelieferte 14 000 lfd. Meter lange Kleinbahn von der Station Schierokau bis nach der russischen Grenze führend im Betriebe zu besichtigen.

in größerem lebhaften Orte zu kaufen oder zu miet
gesucht. Adressen erbittet umgehend R. Köh
Stettin, Galtwiese Nr. 29 b.

Wallenstein a. Harz.
 Leistungsfähigste Firma.
 Annahmestelle n. Musterlager v. **Franz E. Redlin**,
 Stettin, Vapenstr. 4/5, III, Fran **H. Hein**, Eilaf-
 beistr. 68, v. L., Fr. **Laube**, Bühl., Schloßstr. 1, I.
 Gut erhalt. **Läufer**, ca. 15 Meter, kauft
 Bogislavstraße 49, part. links.

Hinterhaus 1 und 3 Tr., sind Wohnungen zu vermietthen. Eingang Mitte des Hauses. Näheres bei Frau **Thlefeld**, Hinterh. 1 Tr., oder Kirchplatz Nr. 3, 1 Treppe.

Operetten-, Poffen- und Lustspiel-Ensemble!
Elite-Programm! Elite-Orchester!